

DR.

1.V.1953.

Notiz für den Departementschef.

1.V. 2

Wie stehen unsere Beziehungen
zu Ostdeutschland?

Seit der Schaffung der ostdeutschen Regierung durch die sowjetische Besatzungsmacht im Oktober 1949, hat sich die daraus für unsere Delegation in Berlin entstandene delikate Stellung mit Bezug auf ihre Beziehungen zur erwähnten Regierung konsequenterweise derart verschlechtert, dass von solchen im traditionellen Sinne des Wortes wohl kaum mehr gesprochen werden kann. Ein wenn auch loser Kontakt zwischen der Schweiz und der DDR besteht nur noch auf der Handelsebene. Der unserer Delegation beigegebene Handelsattaché, der wohl bis vor einigen Monaten Fühlung mit den offiziellen ostdeutschen Handelsinstanzen pflegte und auch seinen Einfluss auf den Abschluss gewisser Geschäfte geltend machen konnte, wird heute allerdings völlig ignoriert. Der Zugang zu den erwähnten Stellen wird ihm verwehrt. Hingegen werden sämtliche Transaktionen zwischen der Schweiz und der DDR von den ostdeutschen Behörden in direktem Verkehr mit der schweizerischen Kaufmannschaft abgewickelt, wobei sich diese allerdings an die von der Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements erteilten und für den Handel mit der DDR gültigen Richtlinien zu halten hat.

Unsere Bestrebungen, die im Jahre 1948 mit der sowjetbesetzten Zone über die Deutsche Wirtschaftskommission abgeschlossenen Vereinbarungen zu erneuern, scheiterten an der Haltung der ostdeutschen Regierung. Während man sich im Jahre 1950 darüber verständigen konnte, dass der Handels- und Zahlungsverkehr wie bis anhin abgewickelt werde, kam es im Frühjahr 1952 zu einem endgültigen Abbruch der damals aufgenommenen Verhandlungen, weil die Regierung der DDR auf unsere Wünsche nach befriedigender Regelung von Problemen, die ausserhalb des eigentlichen Handelsverkehrs liegen, nur bei Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zwischen beiden Ländern eintreten wollte.

Als Folge unserer Haltung beschloss die ostdeutsche Regierung



1. sämtliche von der Delegation an die in der DDR ansässigen Landsleute gerichtete Korrespondenz zurückzuweisen und
2. keinen Beamten der Delegation durch offizielle Stellen zu empfangen.

Schliesslich ordneten sie die Schliessung der in Berlin-Ost gelegenen Büros der Delegation an.

Mit der sowjetischen Kontrollkommission unterhält die Delegation nach wie vor Beziehungen, woraus man schliessen könnte, sie werde sowjetischerseits immer noch als Vertreterin unseres Landes anerkannt. Die Tatsache, dass vor kurzem noch einem Mitglied der Delegation das russische Dauervisum verlängert worden ist, wäre geeignet, die Auffassung zu bestärken.

Immerhin ist dies belanglos mit Bezug auf die sich der Delegation bietenden Betreuungsmöglichkeiten unserer in der DDR ansässigen Landsleute, deren Zahl immer noch über 3000 liegt. Die Schwierigkeiten, mit Ihnen die Verbindung beizubehalten häufen sich in der Tat tagtäglich, nicht nur weil ein Teil der Korrespondenz der Delegation nicht zur Verteilung gelangt, sondern auch weil die Reismöglichkeiten von der DDR nach Berlin-West sich zusehends erschweren.

Die Delegation tut trotzdem alles, was irgendwie möglich ist, um mit der Schweizerkolonie in der deutschen Sowjetzone in Verbindung zu bleiben, um ihr mit Rat und Tat beizustehen und das harte Los der Hilfsbedürftigen, sei es durch den Versand von Liebesgabenpaketen oder durch Ueberreichung von Geldmitteln, soweit dies noch geschehen kann, zu lindern.